

Wahlen in Tansania (2020) und Uganda (2021)

Der Ausschuss für Internationale Angelegenheiten/Forum Eine Welt der SPD Bremen hat schon Monate vor den Präsidentschaftswahlen in Tansania (28.10.2020) und Uganda (14.01.2021) das politische Geschehen in diesen beiden Ländern sehr genau beobachtet. Der AIA stützte sich bei seinen Beobachtungen überwiegend auf die Berichterstattung der englischsprachigen ostafrikanischen Presse und hat sich dazu ein entsprechendes Artikelarchiv angelegt. Der Berichterstattung war zu entnehmen, dass in beiden Ländern schon Monate vor den Wahlen die Möglichkeiten der jeweiligen Oppositionsparteien, Wahlveranstaltungen durchzuführen, von Polizei und Sicherheitskräften massiv eingeschränkt wurden. Bei einer von dem aussichtsreichsten oppositionellem Präsidentschaftskandidaten geplanten Wahlkampfveranstaltung wurden z.B. in Uganda zur Einschüchterung der Opposition fünfzig Zivilisten von der Polizei mit der Begründung erschossen, dass sie die Corona-Auflagen der Regierung nicht eingehalten hätten.

Die EU-Kommission hat zur Wahl in Uganda eine Verlautbarung veröffentlicht (unsere Übersetzung): "Der übermäßige Gebrauch von Gewalt durch Polizei- und Sicherheitsorgane hat das bisherige Wahlgesehen ernsthaft beschädigt. Der Wahlkampf ist durch Gewalt gegen Gegenkandidaten, gegen zivilgesellschaftliche Organisationen, gegen Journalisten und andere Protagonisten beschmutzt worden. Die EU besteht deshalb auf transparenten, allgemeinen und glaubwürdigen Wahlen. Wegen fehlender Implementierung von Empfehlungen zur letzten Wahl verzichtet die EU bei dieser Wahl auf die Entsendung eigener Wahlbeobachter". Im Dezember 2020 hat die ugandische Regierung sieben Bankkonten von zwei bekannten lokalen zivilgesellschaftlichen Organisationen (Uganda NGO Forum und Uganda Women's Network) gesperrt und ihre Aktivitäten beendet mit der wenig glaubhaften Anschuldigung, sie würden Terrorismus finanzieren. Beide Organisationen hatten sich öffentlich für die Durchführung fairer Wahlen in Uganda eingesetzt. In beiden Ländern, Uganda und Tansania, wurden vor den Wahlen Oppositionskandidaten unter fadenscheinigen oder ohne Angabe von Gründen in Haft genommen. Dazu kamen Vorwürfe der Opposition, dass viele ihrer Wahlhelfer nicht zu Wahllokalen zugelassen wurden. Um die Kommunikation zwischen den verbliebenen Wahlbeobachtern unmöglich zu machen, wurde in beiden Ländern zu den Wahlen das Internet abgeschaltet und Mobilfunk-Netze lahm gelegt. In der SDA (Schweizerische Depeschagentur) vom 29. Oktober 2020 ist zu lesen: "Wahlbeobachter (aus Uganda, Kenia und Botswana) in Tansania sind besorgt über die Glaubwürdigkeit der Präsidentschafts- und Parlamentswahlen". Und weiter: "Amnesty International hatte zuvor gewarnt, dass die Regierung im Vorfeld der Wahlen gegen Meinungs- und Versammlungsfreiheit vorgegangen sei. Sie habe zudem versucht, Oppositionsarbeit und Medien zu drosseln.... Nur wenige internationale Wahlbeobachter waren bei der Abstimmung zugelassen. Die EU habe keine hinreichende Antwort auf ihre Bewerbung für eine Beobachtermission erhalten... Vor allem in der Küstenmetropole Daressalam gebe es zudem Berichte über bereits gefüllte Wahlurnen". Die US-Regierung hat keine Wahlbeobachter nach Uganda geschickt. Begründet wurde das damit, dass die ugandische Wahlkommission lange Zeit auf entsprechende Anfragen der US-Regierung nicht geantwortet und dann schließlich auch nur 15 Beobachter zulassen wollte. Die US-Regierung hatte die Zulassung von 100 Beobachtern beantragt. Noch einmal aus SDA zur politischen Situation in Tansania: "Seit dem Amtsantritt des jetzigen Präsidenten John Magufuli im Jahr 2015 beklagen Beobachter ein immer gravierendes Ausmaß an Unterdrückung. Auf Magufuli geht ein Verbot politischer Kundgebungen außerhalb von Wahlkampfzeiten zurück. Auch wurden in seiner Amtszeit strikte Mediengesetze durchgesetzt. Zahlreiche Journalisten und Regierungskritiker wurden verhaftet, mehrere Oppositionsmitglieder getötet".

Auch nach den Wahlen hat die Verfolgung der in den Wahlen unterlegenen Präsidentschaftswahlen nicht aufgehört. In Uganda ist der Oppositionskandidat mit dem höchsten Stimmenanteil (Bobi Wine) ohne Begründung in Haft genommen worden. In

Tansania ist der erfolgreichste Oppositionskandidat (Tundu Lissu) vor der Polizei in die Deutsche Botschaft geflüchtet und "durfte" dann nach einer Woche Verhandlungen der EC-Vertretung ins Ausland ausreisen. Am 20. Januar 2021 berichtet die ostafrikanische Wochenzeitung "The East African", dass die amerikanische Regierung wegen der "Unterminierung" von freien und fairen Wahlen in Tansania eine Reihe von tansanischen Regierungsmitgliedern die Einreise in die US verboten habe. Desgleichen fordert die US-Regierung eine unabhängige Untersuchung zu den "Berichten von Unregelmäßigkeiten im ugandischen Wahlprozess".

Bremen, 25. Januar 2021
Klaus von Freyhold